

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung- und
Zahlstellen-Anzeigen die
3spaltige Kolonnen-Reile
50 J
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Weg.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: J. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 3002

Die Bewertung der Arbeiterbewegung in Kriegszeiten.

(Schluß.)

Im vorigen Artikel haben wir dargelegt, daß zahlreiche Unternehmerorganisationen gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiter für die Hebung des Gewerbes und für die Aufrechterhaltung der bestehenden Arbeitsbedingungen eintreten. Jedoch konnten wir Belege nur von solchen Unternehmerverbänden anführen, die schon im Frieden Träger des Tarifvertrages und Beschlüsse der gegenseitigen Verständigung waren. Zwar haben auch einige sonst tariffeindliche Unternehmervereinigungen Ermahnungen zur Aufrechterhaltung der Löhne herausgegeben, jedoch mit weniger Erfolg. So hat, um ein Beispiel zu nennen, auch der Verband der Handelsgärtner seine Mitglieder ermahnt, „bei durchaus notwendigem werden Lohnkürzungen... auch die Interessen der Arbeitnehmer nach Möglichkeit zu wahren“, denn „diese empfinden die Kürzung ihrer Einnahmen ebenso schwer wie die Arbeitgeber selbst“.

Bemerkenswert und bezeichnend ist, daß die eigentliche Großindustrie sich in Schweigen hüllt. Die Unternehmer der Bergwerke, der Metallindustrie, der chemischen Industrie und andre, kurz die eigentlichen Repräsentanten des deutschen Kapitalismus, lassen sich weder über ihre Ansichten noch über ihre Absichten öffentlich aus. Aber mancher von ihnen nützt die Situation auf eigene Faust. Zahlreiche - richtiger vielleicht zahllose - Fälle werden bekannt, wo die Unternehmer die Löhne kürzen und andre Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis eintreten lassen. Die Spalten der Gewerkschaftspressen bringen dafür Belege in Menge, und die Erlasse der militärischen Behörden, von denen wir einige im dritten dieser Artikel angeführt haben, sind dafür Beweise, die jeden Zweifler überzeugen müssen. Zum Ueberflus stellte kürzlich die „Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 44 vom 1. November) in einem besonderen Artikel „aus Industriekreisen“ Lohnkürzungen als direkt notwendig und nützlich hin. Der Artikel geht davon aus, daß mit der Aufwärtsbewegung der Industrie die Löhne gestiegen sind; es sei deshalb „wirtschaftlich unverständlich“, daß man bei dem jetzigen Niesentum die Löhne nicht entsprechend herabsetzen wolle. Wenn Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften bei ihrem Zusammenarbeiten die Beibehaltung der bisherigen Löhne mit im Auge behalten, dann er scheint es der „Arbeitgeberzeitung“ fraglich, ob die Durchführung solcher Absichten „vom Standpunkt des Allgemeinwohls aus zu rechtfertigen ist“.

Bemerkenswert, aber durchaus nicht überraschend, ist auch eine Äußerung des Textilfabrikanten Cloviez in Adorf i. B. Dieser wurde in einer Sitzung des dortigen Kriegshilfsausschusses von einem Gewerkschaftsvertreter gefragt, warum die Unternehmerverbände von ihren Mitteln nichts für Unterstützungen flüssig machen. Herr Cloviez erwiderte (nach dem „Textilarbeiter“), die Streitgelder der Unternehmer müßten zurückgehalten werden, damit die Gewerkschaften, wenn sie nach dem Kriege ihre frühere Tätigkeit wieder aufnehmen, bekämpft werden können. Der Herr hat gewiß nur ausgesprochen, was viele Unternehmer denken, und dafür gebührt ihm auch von uns mehr Dank als Tadel. Denn diese Offenheit wird für die Arbeiter ein Ansporn mehr sein, ihre Gewerkschaften stark und leistungsfähig zu erhalten.

In unserm Verbandsgebiet ist die Stellung der Unternehmer nicht einheitlich. Da große Arbeitgeberverbände fast gar nicht vorhanden sind, lassen sich zentrale Verhandlungen kaum führen. Mit dem schon einmal erwähnten Deutschen Industrieschutzverband, dem viele Unternehmer in unserm Verbandsgebiet angehören, sind von unserm Vorstand mündliche Verhandlungen angebahnt und geführt worden. Von einigen kleineren Unternehmerverbänden und von größeren Einzelunternehmern wurden auf schriftliche Anfragen und Vorschläge entgegenkommende Zu-

sicherungen abgegeben. So aus der Gummi- und aus der Margarineindustrie. Der Arbeitgeberverband der Papier- und Zellstofffabrikanten begrüßt die in einem Anschreiben unsres Vorstandes gegebenen Anregungen als sehr „dankeenswert“, will jedoch die Erledigung den wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer überlassen. An den Verband deutscher Tapetenfabrikanten ging ein Protest gegen die Drohung, Unternehmer, die neue Muster anfertigen, mit 10 000 Mk. Strafe zu belegen. Darin wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Unternehmerverband mindestens die Arbeiter, die durch seine Maßnahme arbeitslos werden, unterstützt. Eine Antwort darauf ist bisher noch nicht eingegangen. Auch der Verein der deutschen Zuckerindustrie hat auf ein höfliches Anschreiben nicht geantwortet. Wie in so manchen Zweigen der chemischen Industrie die jetzige Lage aufgefaßt und ausgenutzt wird oder werden soll, zeigt der Artikel „Vom Bürgerfrieden“ in Nr. 46 des „Proletariats“.

Im allgemeinen berechtigten die Erfahrungen in unserm Verbandsgebiet zu der Behauptung, daß die Unternehmer zu Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft oder den Arbeiterorganisationen nur da und nur insoweit bereit sind, als ihre eigenen Interessen dadurch gefördert werden, d. h. ihr Verhalten wird, wie im Frieden so auch im Kriege, nicht bestimmt durch soziale Einsicht, sondern durch das kapitalistische Interesse. Selbstverständlich gibt es anerkanntswerte Ausnahmen. Aber allgemeine Urteile kann man nicht auf Ausnahmen aufbauen, sondern nur auf der Regel. Die Regel ist aber nicht der gefühlsmäßig sozial handelnde, sondern der verstandsgemäß kapitalistisch rechnende Unternehmer. Das soll kein Vorwurf sein, sondern nur die Hervorhebung einer Tatsache, die heute zuweilen verwischt oder übersehen wird.

* * *

Die vorstehenden Darlegungen zeigen, daß seit Ausbruch des Krieges die politische wie auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung anders beurteilt und behandelt wird als vor dem Kriege. Nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den Unternehmern wie im öffentlichen Urteil ist dieser Umschwung erkennbar. Seinen Ursachen nachzugehen ist jetzt nicht die Zeit. Nur nebenbei sei bemerkt, daß der Umschwung nicht ausreichend erklärt wird mit dem Hinweis auf das Verhalten der Arbeiterorganisationen bei und nach Ausbruch des Krieges. Denn dieses Verhalten war vorauszusetzen, weil es selbstverständlich ist. Man hat allerdings aus der rüchhaltigen Friedensfreundschaft der Arbeiterorganisationen gefolgert, diese Organisationen würden dem ausgebrochenen Kriege mindestens passiven Widerstand entgegensetzen. Diese Folgerung hat jedoch nicht nur die Tatsachen, sondern auch die Logik gegen sich. Sonst müßte man schließlich auch folgern, daß jemand, der mit allen Mitteln einen Brand von seinem Heim abzumenden sucht, dann, wenn der Brand doch ausbricht, die Hände in den Schoß legt, statt bei der Löscharbeit zu helfen.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir kurz zurückkommen auf einige recht interessante und seither viel zitierte Ausführungen im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“. Das „Korrespondenzblatt“ leitete vor einiger Zeit eine inhaltlich ausgezeichnete Artikelserie über das Thema: „Der Krieg und die sozialen Pflichten“ ein mit folgenden Sätzen: „Wenn wir bisher gewöhnt waren, den Krieg lediglich unter dem Gesichtswinkel der gesellschafts zerstörenden Kräfte zu betrachten, und ganz besonders von einem künftigen drohenden Weltkrieg nur die eine Vorstellung hatten, daß er die Auflösung alles Bestehenden bedeute, so haben die Tatsachen uns eines andern belehrt. Der Krieg schafft Situationen, die nicht gesellschafts auflösend, sondern in hohem Maße gesellschaftsfördernd wirken, die in allen Volksteilen in ganz ungeahntem Maße soziale Kräfte wecken und sozialfeindliche Bestrebungen eliminieren. Sie wirken nicht zerlegend, sondern einigend und stellen ein großes, einheitliches Volksganzes her... In diesem Stadium ist aber der Krieg eine Angelegenheit des ganzen Volkes, und er ist wie kaum irgendein andres Ereignis geeignet, sozialistisch zu wirken. Vor der schweren Gefahr der feindlichen Gewalten treten alle andern Fragen des inneren nationalen Lebens zurück. Der Krieg im Frieden, der wirtschaftliche Krieg des freien Wettbewerbs, der Kampf aller gegen alle, der Kampf von Klasse gegen Klasse verstummen, solange äußere Feinde das Gemeinwesen bedrohen... Privater Eigennutz wird in diesen Tagen als ein Verbrechen an der Nation, als „unpatriotisch“ gebrandmarkt“.

Diese Sätze berühren insofern das in unserm Aufsatze behandelte Thema, als sie einen Erklärungsversuch einschließen für das gesamte Verhalten der Nation, also auch für die Bewertung und Behandlung der Arbeiterbewegung, in Kriegszeiten. Zu dem Inhalt der Sätze möchten wir zunächst der Auffassung Raum geben, daß der Verfasser damit die gesellschafts zerstörenden Wirkungen des Krieges nicht hat in Abrede stellen, sondern nur darauf verweisen wollen, daß die gesellschafts zerstörenden Kräfte, die der Krieg gebiert, sich nicht rein auswirken können, sondern von gesellschaftsfördernden Bestrebungen, die gleichfalls ein Ergebnis des Krieges sind, abgeschwächt oder gar aufgehoben werden. Inso weit beständigen die Sätze nur die Richtigkeit des Gesagten, daß im Wirtschaftsleben jede Tendenz ihren eigenen Gegenjag auslöst. Je mehr der Krieg das Gefüge der Gesellschaft bedroht, um

so mehr Kräfte entwickelt die Gesellschaft, sich zu erhalten und zu festigen. Die Tatsache, daß der Krieg in erheblichem Maße soziale Kräfte, gesellschaftsfördernde Bestrebungen, geweckt hat, ist deshalb schon ein Beweis dafür, daß die gesellschafts zerstörenden Wirkungen des Krieges sich in erheblichem Umfange bemerkbar machen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird jedoch der Satz, daß der Krieg Situationen schafft, die „in ganz ungeahntem Maße soziale Kräfte wecken und sozialfeindliche Bestrebungen eliminieren (beseitigen)“, mindestens mißverständlich. Es wäre vielleicht richtiger, zu sagen: Der Krieg schafft Situationen, die in ungeahntem Maße die Erkenntnis wecken, daß in Kriegszeiten sozialfeindliche Bestrebungen direkt gesellschafts zerstörend, soziale Kräfte aber gesellschaftserhaltend wirken. Damit wäre gleichzeitig gesagt, daß die unverkennbar vorhandenen sozialen Kräfte nicht aus einer ethischen Wolke stammen, sondern einen recht materiellen Nährboden haben. Die Nutzenwendung auf unser Thema liegt nahe.

Weiter wollen wir noch zum Ausdruck bringen, daß die Auffassung, der wirtschaftliche Krieg des freien Wettbewerbs sei verstorben, privater Eigennutz würde als Verbrechen an der Nation betrachtet, durch Tatsachen nicht ausreichend gestützt wird. Wir haben seit Ausbruch des Krieges geradezu beschämende Proben des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes erlebt, und wie auch während des Krieges der private Eigennutz wuchert, dafür sind nicht nur manche Militärlieferanten und viele lohndrückende Unternehmer lebende Beispiele, dafür ist vor allem der jetzige Lebensmittelmacher ein überzeugender Beweis. Dieser private Eigennutz wird zwar von denen, die schwer darunter leiden, bekämpft, aber keinesfalls ganz allgemein als Verbrechen an der Nation betrachtet, sondern vielfach als eine ganz selbstverständliche Sache, die staatlich geduldet wird. Denn die jüngsten Maßnahmen des Bundesrats (die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide) können als Einschränkung des privaten Eigennutzes nicht angesehen werden. In einer von der Generalkommission und dem Parteivorstand an das Reichsamt des Innern gerichteten Eingabe heißt es sogar, daß diese Maßnahme des Bundesrats der arbeitenden Bevölkerung „eine neue, millionenschwere Last auf ihre Schultern legt, gegen die die ganze Preistreiberei der Zollpolitik nur ein Kinderpiel ist.“ Und H. Calwer schreibt in der „Konjunktur“: „Wir haben im Laufe dieses Krieges den wirtschaftlichen Egoismus schon von so vielen Seiten in so befremdlichen Formen kennen gelernt, daß wir wirklich uns vor seinen Ausprägungen schützen sollten, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist.“ So ist es in der Tat. In den ersten Kriegswochen schien es allerdings, als ob auch der wirtschaftliche Egoismus von der „nationalen Welle“ weggeschwemmt worden wäre - heute wuchert er so üppig wie kaum je zuvor. Von der „sozialistischen“ Wirkung des Krieges aber können wir im jetzigen Stadium wirklich nur im Gänjesüßchen reden.

Obwohl wir also, wie ja schon die Darlegungen in diesen Artikeln beweisen, durchaus anerkennen, daß heute soziale Kräfte tätig sind, die wir früher vermist haben, müssen wir uns doch hüten, den Umfang, die Wirkung und vor allem die Ursache dieser Kräfte zu überschätzen. Für die praktische Bewertung einer gegebenen Maßnahme ist es jetzt vielleicht wenig von Belang, ob man sie zurückführt auf soziale Einsicht oder auf wirtschaftliche Berechnung und politische Klugheit. Aber wir leben nicht aus der Hand in den Mund, und wir können Schimmeres ernten als nur getäuschte Hoffnungen, wenn wir blind Vertrauen säen. Wir begrüßen es, daß der Krieg manchen Bremsloß am Wagen des sozialpolitischen Fortschritts beseitigt und manches Vorurteil bei der Bewertung und Behandlung der Arbeiterbewegung zerstückelt hat; wir hoffen und wünschen, daß diese Fortschritte den Krieg überdauern. Aber wir wissen zugleich, daß, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, nicht im Vertrauen, sondern in der Kraft die Bürgschaft unsrer Erfolge liegt.

Die Kriegschemikaliengesellschaft und der internationale Pulvertrust.

Am 26. September wurde in Berlin eine sogenannte Kriegschemikalien-Aktien-Gesellschaft gegründet. Die Aufgabe dieser Gesellschaft soll oder will „die Wirtschaft in Chemikalien, die für die Landesverteidigung erforderlich werden“, regeln. Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von sechs Millionen Mark, wovon allerdings nur der vierte Teil eingezahlt ist. Die Aktionäre dieser Gesellschaft sind 26 Firmen der Sprengstoff- und der chemischen Industrie, die je für 100 000 bis 400 000 Mark Aktien übernommen haben. Die Aktionäre erhalten keine Dividenden, sind dagegen verpflichtet, „der Gesellschaft während des Feldzuges Angaben über die Menge ihrer für die Gesellschaft in Frage kommenden Bestände zu machen.“

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß die Kriegschemikalien-Aktien-Gesellschaft eine Zusammenfassung von Kriegslieferanten aus der chemischen Industrie ist. In erster Linie kommen die Sprengstoffabriken und die Fabriken, die Heilmittel erzeugen, in Frage. Das geht schon aus der Zusammenfassung des Aufsichtsrats hervor. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Dr. Aufschläger, Generaldirektor der Hamburger Dynamitwerke, vora. Gebr. Nobel, und sein Stellvertreter ist Geheimrat Oppenheim, Direktor der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin-Tempelhof. Mitglieder des Aufsichtsrats sind unter anderm: Dr. Boettinger und Dr. Duisberg von den Elberfelder Farbenfabriken, Kommerzienrat Dutenhofen von den Köln-Stotzheimer Pulverfabriken, Dr. Häcker von der Höpfer Fabrik, Dr. Günthermüller von der „Anilin“, Ludwigshafen, Generaldirektor Klingner von der chemischen

